

Studenten sollen erst nach Examen zahlen

Das schlagen die Rektoren in NRW der künftigen Landesregierung vor

Christopher Onkelbach

Essen. Die Studiengebühren sind ein Knackpunkt bei den aktuellen Sondierungsgesprächen zwischen SPD, Grünen und FDP in Düsseldorf. Ein Vorstoß der NRW-Hochschulrektoren könnte jetzt einen möglichen Ausweg weisen.

In einem der WAZ vorliegenden Brief an alle Fraktions- und Parteivorsitzenden schlagen sie vor, die allgemeinen Studiengebühren von 500 Euro ab dem ersten Semester abzuschaffen. Darauf hatten sich SPD und Grüne vor der Wahl festgelegt, die FDP will sie beibehalten.

Auf die Einnahmen von rund 260 Millionen Euro im Jahr wollen die Hochschulen indes nicht verzichten. Daher werben die Rektoren für „nachgelagerte Studiengebühren“, wie sie die schwarz-grüne Regierung in Hamburg eingeführt hat. Die Rektorin der

Technischen Uni Dortmund, Ursula Gather, nennt dieses Modell „Graduiertenbeitrag“. Das heißt: Die Absolventen werden erst nach dem Studium zur Kasse gebeten.

„Die Zahlungspflicht orientiert sich am Einkommen und damit an der Leistungsfähigkeit“, heißt es in dem Konzept, das Prof. Gather und Prof. Det-

»Die Zahlungspflicht orientiert sich an der Leistungsfähigkeit«

lef Müller-Böling, Ex-Rektor der TU, den Landespolitikern zusandten. Wer zu wenig verdient, wird von der Zahlung ausgenommen. So werde ein möglicher Abschreckungseffekt durch Studiengebühren vermieden, ohne die Zuwendungen an die Hochschulen zu schmälern. Ursula Gather nennt das Modell „sozialver-

träglich“. „Wer vom Studium einen Vorteil hat, soll der Universität etwas zurückgeben.“

Sollte das Gebührenmodell eingeführt werden, entsteht eine Finanzierungslücke, bis erstmals Beiträge der Absolventen fließen. Diese Zeit müsse – womöglich mit staatlicher Hilfe – überbrückt werden, räumt Gather ein. Auf der anderen Seite fordern die 38 NRW-Rektoren „Planungssicherheit“ von der Politik, „ansonsten droht ein zielloses Hin und Her“. Man sei langfristige Verpflichtungen eingegangen. So investiert etwa die Uni Dortmund gut zwei Drittel der rund zwölf Millionen Euro aus Studiengebühren in Lehrpersonal, das Angebot wurde ausgebaut, die Ausstattung verbessert. Dies dürfe nicht zurückgedreht werden.

Die Antwort der Politiker blieb bislang sparsam: Sie bedankten sich für das Schreiben. **Kommentar Seite 2**

Studium erst im Beruf bezahlen Späte Idee

Christopher Onkelbach

Geschick platzierten die Rektoren ihre Idee mitten in die laufenden Sondierungsgespräche. Sie fürchten, dass die SPD ihr Wahlversprechen wahr machen könnte und die Einnahmen aus Studiengebühren – immerhin 260 Millionen Euro im Jahr – ersatzlos wegfallen könnten. Die Hochschulchefs misstrauen offensichtlich dem SPD-Versprechen, dass die Mittel im Falle einer Abschaffung vollständig ersetzt würden.

Das Besteckende an der Idee der „nachgelagerten Bezahlung“: Alle Parteien könnten sich darauf ohne größeren Gesichtsverlust einigen. Die SPD würde ihr Versprechen, die Studiengebühren abzuschaffen, beinahe einhalten; CDU und FDP könnten darauf verweisen, die Zusatzeinnahmen für die Hochschulen insgesamt gesichert zu haben.

Von einer Entscheidung der Koalitionspartner könnte ein bundespolitisches Signal ausgehen: Schafft NRW das Bezahlstudium ab, dürfte es in Deutschland ein Auslaufmodell sein. Keine neu gewählte Landesregierung wird das brisante Thema anpacken wollen. Einigen sich die Parteien aber auf das neue Modell, könnte es eine Vorreiterfunktion einnehmen. Klar ist: Das Konzept ist sozial gerechter, wieso kamen die Professoren nicht schon früher darauf? Die Uni Witten/Herdecke macht es seit 15 Jahren vor.